

Bures: EU-Genderbericht ist klarer Handlungsauftrag

Utl.: Wirtschaftsförderung soll zum Steuerungsinstrument für
Frauenförderung werden =

Wien (OTS) - Frauenministerin Doris Bures wertet den aktuellen EU-Genderbericht für den Zeitraum 2001 bis 2006 als "Handlungsauftrag an die Regierung": "Österreichs Frauen verdienen einen Platz an der Spitze." Die Frauenministerin will nun in enger Kooperation mit der Wirtschaft ein Frauenförderungspaket schnüren. Die Wirtschaftsförderung soll an betriebliche Frauenförderung gekoppelt werden. Unternehmen, die weiblichen Beschäftigten Wiedereinstiegsprogramme, Weiterbildungskurse, Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder, etc. anbieten, sollen bei der Wirtschaftsförderung Vorteile haben. "Wirtschaftswachstum und Wohlstand kann es nur unter Nutzung des Potenzials der Frauen geben. Das sagt die EU-Kommission genauso wie das WIFO, und viele kluge Köpfe in der Wirtschaft. Deshalb will ich mit der Wirtschaft, und nicht gegen die Wirtschaft, ein Frauenförderungspaket schnüren", so Bures.

Weiters tritt Bures für einen "echten Mädchenschwerpunkt" bei der Neuregelung des Blum-Bonus ein. Mädchen sollen mehr Chancen haben, berufliche Männerdomänen zu erobern, denn technische Berufe bringen in der Regel bessere Karriere- und Verdienstmöglichkeiten.

Außerdem will Bures gleiche Chancen für Frauen an den Universitäten erreichen. Im Zuge der Novelle zum Universitätsgesetz soll festgeschrieben werden, dass die Universitäts-Senate ihre Nominierungen in den Universitätsrat paritätisch vorzunehmen haben. Das heißt konkret: Die Hälfte der von den Senaten nominierten UniratInnen sollen Frauen sein.

Zwtl.: EU-Kommission nennt Vereinbarkeit als vorrangigen Handlungsbereich

Die EU-Kommission nennt in ihrem Bericht wörtlich "die Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben als zentrales Element der Gleichstellung von Frauen und Männern als vorrangigen Handlungsbereich im Rahmen des Fahrplans für die Gleichstellung von Frauen und Männern". Genau hier habe die Regierung mit dem flexiblen

Kindergeld angesetzt. Als nächster Schritt werde der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze folgen. Bures appelliert in diesem Zusammenhang an die Bundesländer, mit dem Bund an einem Strang zu ziehen, und für ein erstklassiges Angebot an Kindergärten in ganz Österreich zu sorgen.

Abschließend erklärte Bures, dass es eine gemeinsame Verantwortung für aktive Gleichstellungspolitik gebe: "Die Bundesregierung, die Landesregierungen, die Wirtschaft und die Universitäten werden daran zu messen sein, ob die Einkommensschere kleiner wird, die Jobchancen für Frauen besser werden und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie endlich Realität wird."

Rückfragehinweis:

Susanna Enk

Pressesprecherin der Bundesministerin für Frauen, Medien und Öffentlichen Dienst
Tel. (01) 531 15 - 2132

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0149 2008-01-25/12:07

251207 Jän 08

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080125_OTS0149